

Neue Zürcher Zeitung

Bauern sollen für Versicherungen Bundesgelder bekommen – droht nun eine Amerikanisierung der Schweizer Agrarpolitik?

In den USA pumpt der Staat Milliarden in Versicherungen gegen Ernteauffälle. Nach den Hitzeperioden der letzten Jahre will der Bundesrat ein ähnliches Modell in der Schweizer Landwirtschaft verankern. Ein ETH-Experte warnt davor.

David Vonplon 11.9.2019, 05:30 Uhr

Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen: In den letzten Jahren wurden die Landwirte in den USA immer wieder von «historischen» Wetterereignissen heimgesucht. So gross die Ernteauffälle auch waren – die finanziellen Einbussen fielen für die meisten Landwirte weit weniger dramatisch aus. Die meisten US-Farmer sind gegen solche Fälle versichert. Etwa 85 Prozent der gesamten Ackerbaufläche sind durch Risikoversicherungen gedeckt – grosszügig mitfinanziert vom amerikanischen Staat, der die Prämien der Bauern zu gut zwei Dritteln bezahlt.

Nun soll das Modell staatlich unterstützter Versicherungen gegen Ernteauffälle auch in der Schweiz Einzug halten. Das jedenfalls schlägt der Bundesrat in der Agrarpolitik für die Jahre 2022 bis 2025 vor. Er will nach eigenen Worten «eine Gesetzesgrundlage schaffen, damit sich der Bund an Prämien von Wetterereignis-Versicherungen beteiligen kann». Es gebe eine Lücke beim Schutz gegen Dürre und Frost, heisst es überdies in einer Studie, die der Bundesrat publiziert hat. Versicherungen gegen diese Risiken seien heute entweder noch nicht auf dem Markt oder mit hohen Prämienkosten für die landwirtschaftlichen Betriebe verbunden.

Bauern unterschätzen Risiken

Tatsächlich schützen sich die wenigsten Landwirte gegen Trockenheit und Frost, die infolge der Klimaerwärmung zunehmen. «Die Durchdringung dieser Versicherungen nimmt zwar zu, sie ist aber immer noch tief», sagt Pascal Forrer, Direktor von Schweizer Hagel. Die bäuerliche Genossenschaft bietet den Landwirten als einzige Versicherungsgesellschaft eine breite Palette von Versicherungen gegen Naturgefahren an. Laut Forrer sind heute 15 Prozent der Ackerkulturen gegen Trockenheit versichert. Beim Grasland ist es bloss ein Prozent der Fläche.

Gegen Frost sind 15 Prozent der Reben versichert sowie 5 Prozent der Obst- und Beerenkulturen. Forrer sagt: «Viele Landwirte unterschätzen die Risiken Trockenheit und Frost, weil diese Wetterereignisse früher nur selten – alle 20 bis 30 Jahre – aufgetreten sind.» Sie seien deshalb nicht bereit, die Zusatzprämie für diese Risiken zu bezahlen.

Der Bundesrat vollzieht mit der vorgeschlagenen Regelung eine Kehrtwende: In einem früheren Bericht hatte sich die Regierung noch gegen eine staatlich geförderte Versicherung ausgesprochen, wie sie der Bauernverband gefordert hatte. Unter dem neuen Agrarminister Guy Parmelin fiel diese nun auf fruchtbaren Boden. Parmelin war selber einmal Winzer. Das mag beim Meinungsumschwung eine Rolle gespielt haben. Hinzu kommt, dass ein ehemaliger Swiss-Re-Mitarbeiter, der beim Rückversicherer die globale Abteilung Food & Agriculture verantwortete, seit letztem Jahr den zuständigen Bereich Direktzahlungen beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) leitet, wie es auf der Website des Amtes heisst.

Auch die bundesrätliche Studie, die eine staatliche Förderung von Agrarversicherungen empfiehlt, verfasste ein ehemaliger Swiss-Re-Mitarbeiter mit. Darin wird empfohlen, dass sich die Schweiz am amerikanischen Vorbild orientiert: Wie in den USA ist ein Public-private-Partnership-Modell vorgesehen, bei dem Staat, Versicherungsgesellschaften und Landwirte zusammenarbeiten. Der Bund finanziert dabei einen Teil der Versicherungsprämie, die bei privaten Gesellschaften abgeschlossen werden können. Um zu verhindern, dass die Unternehmen einen Teil der staatlichen Gelder abschöpfen, soll ein Kontrollapparat aufgebaut werden.

Fachleute bezweifeln, dass es nötig ist, neue Subventionstöpfe zu öffnen, um die Landwirtschaft für den Klimawandel zu wappnen. Robert Finger, Professor für Agrarökonomie und -politik, forscht an der ETH Zürich über Versicherungen gegen extreme Wetterereignisse. Er warnt vor einer Amerikanisierung der Schweizer Agrarpolitik. «In der Schweiz gibt es gute Gründe, dass Versicherungen vergleichsweise wenig verbreitet sind. Nur weil Dürren häufiger vorkommen, heisst das noch lange nicht, dass sich jeder Betrieb dagegen versichern muss.»

Schweizer Betriebe sind in der Regel breit aufgestellt: Sie bauen verschiedene Kulturpflanzen an, verfügen häufig über eine tierische Produktion und haben oft ausserlandwirtschaftliche Einkommensquellen. Diese Diversifikation macht sie weniger verwundbar gegen Wetterextreme. Was die Nachfrage der Bauern nach Versicherungen ebenfalls verringert, sind die weltweit rekordhohen Direktzahlungen. «Hiesige Landwirte sind deshalb viel weniger auf Versicherungen angewiesen als etwa Landwirte in den USA», sagt Finger.

Versicherungen fördern Pestizid-Einsatz

Der Wissenschaftler befürchtet, dass ein Staatseingriff unerwünschte Nebeneffekte haben wird. Es liege auf der Hand, dass der Landwirt höhere Risiken eingee, wenn er staatlich subventionierte Versicherungen erhalte. So pflanze dieser etwa vermehrt Kulturen an ungeeigneten Standorten an. «Geht es gut, bleibt der Erfolg beim Bauern – läuft es schlecht, ist der Bauer dank staatlicher Hilfe ebenfalls abgesichert.» Studien zeigen auch, dass staatlich unterstützte Versicherungen intensivere Produktionsformen fördern, die oft einen höheren Einsatz von Pestiziden erfordern.

Finger warnt davor, dass innovative Versicherungsprodukte verhindert oder verzögert werden, die nicht subventioniert werden. Derzeit sind sogenannte Wetterderivate oder satellitenbasierte Versicherungen stark im Kommen. Anders als bestehende Versicherungslösungen bemisst sich die Geldzahlung dabei nicht länger am Ernteausfall, sondern an objektiv messbaren Witterungskriterien wie Hitzetage, Niederschlagsmenge oder eben an Satellitenbildern.

Diese Produkte werden viel effizienter sein, weil die Auszahlung automatisch erfolgt – und eine aufwendige Einschätzung des Ernteausfalls vor Ort entfällt. «Statt einen Teil der Prämien zu übernehmen, wäre es zielführender, der Bund würde in die Infrastruktur investieren, die bessere Markt-, Wetter- und Ertragsdaten sowie den Zugang zu Satellitenbildern ermöglicht», rät Finger.

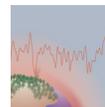
Noch ist unklar, wie stark sich der Bund an den Versicherungen beteiligen will. Dies hänge davon ab, nach welchem Modell die Förderung geschehe, erklärt ein BLW-Sprecher. Vorgesehen ist, dass keine zusätzlichen Mittel gesprochen werden sollen. Stattdessen sollen bestehende Direktzahlungen umverteilt werden.

ERKLÄRT

Hitzesommer und nur noch halb so viel Schnee in der Schweiz – so trifft uns der Klimawandel

Weltweit finden Klimastreiks statt. Zur Einordnung haben wir die wichtigsten Fakten zum Klimawandel und zu den Klimazielen zusammengestellt.

Sven Titz (Text) / Alexandra Kohler und Balz Rittmeyer (Grafiken) / 18.4.2019, 11:39



KOMMENTAR

Schweizer Landwirtschaft: ein endloses Flickwerk

Der anfängliche Mut zur Reform der verkrusteten Agrarpolitik ist unter Bundesrat Guy Parmelin definitiv verfliegen.

Nicole Rütli / 21.8.2019, 20:05



Newsletter Schweiz

Bleiben Sie mit unserem Wochenrückblick immer auf dem Laufenden. Jeden Freitagnachmittag wählt das Schweiz-Ressort die wichtigsten Themen der Woche aus und ordnet sie ein. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.